

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 68 (1993)

Heft: 1

Rubrik: Zivilschutz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ehemaligen Sowjetunion. ● **Russland** und die Türkei haben ein Abkommen über Kauf und die Lieferung von Waffen unterzeichnet. Russland ist demnach bereit, für rund 75 Millionen US Dollar Waffen, unter anderem Mi-17 Hip Hubschrauber, an die Türkei zu liefern. ● **Flugzeuge** ● Die französische Luftwaffe hat auf dem Militärflugplatz von Colmar (Departement Haut-Rhin) offiziell die ersten sechs Mirage F.1 vom neuen Typ CT (Combat Tactique) übernommen. Die sechs Maschinen wurden von der Staffel 1/13 «Artois» übernommen. Die französische Luftwaffe möchte im ganzen 55 Mirage F.1 CT beschaffen. Die erste Staffel soll 1993 operationell erklärt werden. Die französische Luftwaffe hat aus finanziellen Überlegungen die Anzahl der Trainingsflüge ihrer Piloten von jährlich 180 auf neu 165 Stunden reduziert. ● Die Royal Air Force hat 13 Zweisitzer Harrier T-Mk.10 bei British Aerospace bestellt. Die Maschinen sollen in zwei Jahren an die englische Luftwaffe ausgeliefert werden, wo sie zur Ausbildung genutzt werden. Die Flugzeuge sind wie die einsitzigen Harrier GR.7 mit Nachtsicht-Systemen ausgerüstet. Die E-3D AWACS der englischen Luftwaffe, die Überwachungseinsätze gegen das ehemalige Jugoslawien zur Implementierung der UN Resolution 781 fliegen, sind mit multinationalen Besatzungen bemannt. Bisher flogen die englischen AWACS ausschliesslich mit englischen Besatzungsmitgliedern. ● Seit zehn Jahren ist nun das deutsche Marinefliegergeschwader 1 mit dem Tornado ausgerüstet. Dabei wurden in rund 45 000 Einsätzen mehr als 74 000 Flugstunden geflogen. ● Eine Delegation des österreichischen Parlamentes hat Interesse an der Beschaffung von 30 Saab JAS 39 Gripen geäussert. Der Gripen soll demnach die 24 Saab J35 Draken ersetzen. ● Die slowakische Luftwaffe hat Anfangs Dezember ihr erstes Kampfflugzeug, eine Su-22 Fitter, aus den Beständen der tschechoslowakischen Luftwaffe erhalten. ● Die Luftstreitkräfte der CSFR haben die erste Tranche von Jet-Trainern des Typs L-39M5 erhalten. Die Maschinen werden von der staatseigenen Aero Vodochody hergestellt. Die Exportversion dieses Typs wird unter anderem nach Thailand und Ägypten geliefert. ● Ericsson und Boeing verfolgen zurzeit eine Studie, die vorsieht, den V-22 Kipprotorflügler für Frühwarn-Missionen einzusetzen. Man geht davon aus, dass das Flugzeug bei der Beschaffung zehnmal billiger sein wird als ein herkömmlicher AWACS vom Typ E-2 Hawkeye. Ericsson würde dabei sein Erieye-Radar beisteuern. ● **Hubschrauber** ● Israel wird zusätzlich 24 McDonnell Douglas AH-64 Apache Kampfhubschrauber und zehn Sikorsky UH-60 Black Hawk Transporthubschrauber erhalten. Die Maschinen werden in diesem Jahr aus Beständen der amerikanischen Streitkräfte geliefert. ● Die französische Marineluftwaffe hat 15 Eurocopter AS565MA Panther bestellt, die in den nächsten fünf Jahren ausgeliefert werden sollen. Mit der Auslieferung der ersten Maschinen soll noch in diesem Jahr begonnen werden. ● **Luft-/Luftkampfmittel** ● Die österreichische Luftwaffe will ihre schwedischen Saab Draken in naher Zukunft mit Luft-/Luft-Lenk Waffen ausrüsten. Der Bedarf an Luft-/Luft-Lenk Waffen stellte sich, als vor einem Jahr jugoslawische Kampfflugzeuge mehrmals den österreichischen Luftraum verletzten. ● British Aerospace und Saab wollen gemeinsam eine Studie für die nächste Generation von Luft-/Luft-Lenk Waffen mit Radarsuchkopf machen. ● **Luft-/Bodenkampfmittel** ● Die griechischen Seestreitkräfte werden ihre fünf Sikorsky S-70B Seahawk Helikopter mit norwegischen Anti-Schiff-Lenk Waffen vom Typ Penguin Mk.2 ausrüsten. Die Lenk Waffen sollen 1994 respektive 1995 ausgeliefert werden, das heisst im gleichen Zeitpunkt wie die Helikopter. ● **Avionik** ● Das englische Unternehmen GEC Marconi prüft zurzeit, ob es möglich wäre, russische Avioniksysteme mit eigenen zu ersetzen oder zu ergänzen. So sollen beispielsweise Marconi Head Up Displays und Fly-by-Wire System in russische MiG-21, Sukhoi Su-35 oder Sukhoi Su-27 Verwendung finden. ● **Elektronische Kriegführung** ● Das vom Unternehmen Ferranti hergestellte Radarwarnsystem erhielt von den englischen Behörden die Musterzulassung. Der Radarwarnempfänger mit der Bezeichnung ARI-23491 wurde speziell für Helikopter entwickelt und registriert Puls-, Puls/Doppler- und Dauerstrich-Emissionen. ● **Unternehmen** ● Hughes Aircraft wird innerhalb der nächsten Zeit rund 9000 Mitarbeiter entlassen ● McDonnell Douglas hat in den vergan-

genen zwei Jahren rund 34 000 Stellen abgebaut. Mit einer weiteren Reduzierung der Beschäftigten ist beim Auslaufen der Programme F-15 Eagle, AV-8 Harrier und AH-64 Apache zu rechnen. ●

MITTEILUNGEN DER VERBÄNDE

Landeskonzferenz der militärischen Dachverbände (LKMD)

Informations- und Arbeitstagung der Sektion ausserdienstliche Tätigkeit (SAT)

Von Edwin Hofstetter, Frauenfeld

Der Präsident, **Hptm i Gst Reto Renz**, begrüßte am 20. November die Präsidenten der militärischen Dachverbände und weitere Vertreter zur **22. Präsidentenkonferenz** in der alten Kaserne (Bâtiment administratif de la Pontaise) in Lausanne. Der geschäftliche Ablauf brachte die Verabschiedung von Protokoll und Jahresrechnung sowie den Jahresbericht des Präsidenten.

Zentrales Thema war der Antrag der Arbeitsgruppe «Leitbild und Finanzen». Der Arbeitsausschuss der



Von links Fw Peter Röthlin, Redaktor «Der Feldweibel», Adj Uof Alfons Cadario, Präs SUOV; Hptm i Gst Reto Renz als Präs LKMD und Edwin Hofstetter, Präs VRSMZ und Chefredaktor «Schweizer Soldat und MFD».

LKMD arbeitete aufgrund der aktuellen wehrpolitischen Lage ein Strategiekonzept aus, das es ermöglichen soll, mit dem gesamten Gewicht der rund 250 000 Mitglieder der angeschlossenen Dachverbände den Gegnern einer glaubwürdigen Landesverteidigung geschlossen und koordiniert entgegenzutreten. Die verfasste Grundstrategie soll den militärischen Dachverbänden eine langfristige erhöhte politische Bedeutung und eine aktive und gewichtige Rolle im Meinungsbildungsprozess ermöglichen. Die Grundstrategie fand eine geschlossene Zustimmung. Während der Monate Januar bis März werden die Dachverbände den Entwurf zu den Statuten LKMD begutachten können. Eine ausserordentliche Präsidentenkonferenz soll im April 1993 den vorgesehenen gesamtschweizerischen Verein gründen.

Oberst Henry Wirz rief dazu auf, der best und militant organisierten GSoA (30 000) endlich die ganze Kraft



Fw Erika Mettler als Sekretärin der LKMD und Vertreterin des SVMFD. Neben ihr der Kassier Fourier Hanspeter Croato und Vertreter des SFV.

der zehnmal grösseren Zahl von ausserdienstlich Aktiven entgegenzustellen. Eine Arbeitsgruppe bearbeitet das Problem Militärzeitschriften. Geplant ist ein neues Informationsblatt für Mitglieder der LKMD. Dabei wurde festgehalten, dass die bestehenden militärischen Fachzeitschriften nicht konkurrenzieren werden sollten. Nachdem heute einige unserer Militärzeitungen unter einem ausserordentlich grossen finanziellen Druck stehen, bin ich überzeugt davon, dass diese Neuausgabe nur mit dem «Opfertod» mehrerer unabhängiger Militärpublikationen erkaufte wird. Ich halte dafür, dass die Arbeitsgruppe unter Leitung von Major Richard Gamma auch andere Wege überprüfen soll. Dazu gehören mögliche Zusammenlegungen und ein erneutes Einsetzen für die Portofreiheit der militärischen Zeitschriften. Wir müssten uns dafür politisch stark machen, auch wenn die KML das entsprechende Projekt abgelehnt hat. Leider liess es die zu kurze Zeit der vom Präsidenten Renz straff geführten Konferenz nicht zu, über die gemeinsamen Anliegen der LKMD grundsätzliche Diskussionen zu führen.

Divisionär André Calcio-Gandino, UC Stab GA orientierte über die bedenkliche finanzielle Lage des EMD mit Hinsicht auf die Verwirklichung der Armee 95.

Nach einem interessanten Referat von **Divisionär A Liaudat**, Kdt Geb Div 10 über die Vorbereitung und Durchführung der «Patrouille des Glaciers 1992» konnten wir den vom Kanton Waadt offerierten Wein zum Apéro kosten.

Nach dem Mittagessen versammelten wir uns zur **Informations- und Arbeitstagung der Sektion für ausserdienstliche Tätigkeit (SAT)**. Der Chef **Oberst Bernhard Hurst** würdigte die Arbeit der Verbände im vergangenen Jahr und machte einen positiv wirkenden Ausblick. Das zentrale Interesse galt den von **Oberst Hanspeter Roth** dargelegten neuen Weisungen des Ausbildungschefs für die Abgabe von Armeematerial und für die Ausrichtung von Bundesbeiträgen.

Nach den Ehrungen der im Verlauf 1992 abgetretenen Präsidenten und Technischen Leiter der militärischen Dachverbände konnten wir uns nach einem reich befrachteten Arbeitstag am Spätnachmittag verabschieden.

Bilder von Henry Wirz, Bremgarten (BE)

ZIVILSCHUTZ

Verzicht auf den Zivilschutz käme teuer zu stehen

Die GSoA will den Zivilschutz abschaffen und dabei 715 Millionen einsparen. Dafür möchte sie einen freiwilligen Gemeinschaftsdienst mit Bildungsurlaub einführen. Dass dieses Freiwilligenkorps den Steuerzahler mehr kosten würde als die bewährte bestehende Organisation, hat der Schweizerische Zivilschutzverband soeben aufgezeigt.

Unter Leitung seines Präsidenten, Ständerat Robert Bühler (FDP, LU), hat sich der Zentralvorstand des Schweizerischen Zivilschutzverbandes am 11. November unter anderem mit der von der Gruppe

Schweiz ohne Armee (GSoA) angekündigten Initiative zur Abschaffung des Zivilschutzes befasst. Klargestellt wurde an der Versammlung, dass mit der Abschaffung des Zivilschutzes keineswegs 715 Millionen gespart werden können, wie die GSoA behauptet. Der von der GSoA vorgeschlagene freiwillige Gemeinschaftsdienst mit bezahlem Bildungsurlaub würde nämlich nicht nur Kosten für Ausbildung und Ausrüstung dieser Freiwilligen, sondern auch für deren bezahlten Urlaub verursachen. Einschliesslich der Sozialleistungen käme allein der Bildungsurlaub von 10 000 Freiwilligen teurer zu stehen als der gesamte Zivilschutz mit seinen rund 500 000 Dienstpflichtigen.

Für den Zivilschutz werden in der Schweiz pro Jahr und Einwohner 110 Franken aufgewendet. Im gleichen Zeitraum gibt jede Schweizerin und jeder Schweizer jedoch 100mal mehr für Versicherungen und 30mal mehr für das Gesundheitswesen aus. Vergleichsweise ist der Zivilschutz also eine sehr günstige Versicherung. Dass der Zivilschutz kein nationales Ärgernis ist, als den ihn SP-Nationalrat Gross und seine GSoA-Getreuen sehen, kann jeder bestätigen, der die Zivilschützer bei ihren Einsätzen nach Überschwemmungen, Stürmen usw. schätzengelert hat. Allein in den letzten zwei Jahren wurden jeweils über 100 000 Manntage an Hilfe nach Schadenereignissen geleistet. Mit der beschlossenen Zivilschutzreform wird die Katastrophenhilfe noch verstärkt.

Die Abgeordneten des Zivilschutzverbandes liessen sich an ihrer Sitzung ferner über die anspruchsvollen Einsätze des Zivilschutzes bei der Betreuung obdachloser Asylbewerber orientieren und beschliessen, bei der Ausarbeitung des neuen Zivilschutzgesetzes aktiv mitzuwirken. SZSV

kündigt, dass die Streitkräfte in den nächsten Jahren mit 50 der dreimotorigen EH-101-Helikopter ausgerüstet werden, die vom britisch-italienischen Konsortium EH Industries Ltd. mit kanadischer Hilfe entworfen wurden und die alten Maschinen der Typen Sea King und Labrador ersetzen sollen. Die Helikopter wurden in England montiert, doch wird Kanada die Motoren und die komplizierte elektronische «systems integration» beisteuern. 35 der neuen Maschinen werden mit den modernsten Radar- und Sonarvorrichtungen zur Aufspürung und Bekämpfung von Unterseebooten ausgerüstet, während 15 Helikopter vornehmlich für Aufklärungs- und Rettungsaktionen bestimmt sind. Die Beschaffungskosten belaufen sich auf 4,4 Milliarden Dollar, von denen 3,2 Milliarden in Kanada selbst anfallen werden. Die Maschinen sollen zwischen 1998 und 2005 geliefert werden. Kanada wird zusätzlich zu diesen «schweren» EH-101-Helikoptern hundert leichte Bell 412-Helikopter erhalten, die im April von der amerikanischen Firma Bell Helicopter Textron zum Preis von einer Milliarde Dollar bestellt wurden.

Aus NZZ Nr. 173, gekürzt



ÖSTERREICH

Verlängerung des Heeres-Grenzeinsatzes gefordert

Verschiedene, vor allem Landespolitiker aus dem Burgenland, aber auch der Innenminister, forderten vehement eine Verlängerung der Grenzüberwachung durch das Bundesheer im Burgenland. Diese Assistenzleistung des Heeres für die Gendarmerie wäre, wenn nicht verlängert worden, Ende des Jahres 1992 ausgelaufen. Deshalb beschloss die Bundesregierung, diesen Auftrag an das Bundesheer zu verlängern. Damit ergibt sich eine kontinuierliche Belastung für das in der Umstrukturierung befindliche Heer, sind doch im Jahr etwa 24 000 Mann (Kader und Grundwehrdiener) davon betroffen.

«Solange es keine wirtschaftliche und politische Stabilität in den Oststaaten gibt, müssen die Grenzen durch das Bundesheer abgesichert werden», verlangen vor allem die Burgenländer. Es sei nicht nur gefährlich, sondern auch unmenschlich, illegale Grenzgänger unkontrolliert in das Land und sie dann wegen Mangels an Unterkünften auf der Strasse leben zu lassen. Dieser Ansicht hat sich die Bundesregierung mit dem gefassten Beschluss angeschlossen.

Verschiedene Stellen befürchten, dass mit der Abtrennung der Slowakei von der Tschechoslowakei ab 1993 auch nördlich der Donau Heeresleute zur Grenzüberwachung eingesetzt werden müssen.

- Rene -



Wehrgesetz-Novelle 92 beschlossen

Ab dem Jänner 1993 werden österreichische Grundwehrdiener zwischen drei Varianten ihrer Ausbildungszeit beim Bundesheer wählen können. Ferner wird das Heer wesentlich rascher als bisher bis zu 5000 Milizsoldaten zu Einsätzen einberufen können. Diese Neuerungen wurden Mitte Oktober vom österreichischen Parlament mit einer Novelle zum Wehrgesetz beschlossen.

Mit diesen Änderungen wird die in den Grundzügen beschlossene Heeresreform praktisch umgesetzt. Zu den bisherigen Grundwehrdienstmöglichkeiten – sechs Monate (mit späteren 30 Tagen Truppenübungen) oder acht Monate (ohne Truppenübungen) – tritt nun eine dritte Variante: sechs Monate und sofort anschliessend 30 Tage Truppenübungen (also sieben Monate insgesamt ohne Unterbrechung) sowie mit zusätzlichen 30 Tagen Truppenübungen in den folgenden zehn Jahren. Bei dieser zuletzt genannten Form können die Grundwehrdiener sofort nach der Grundwehrdienstausbildung mit Übungen im Verband (Bataillon usw.) beginnen. Weiter wurde beschlossen, dass Soldaten für den durchgehenden achtmonatigen Präsenzdienst sich nicht bloss freiwillig melden können sollen, sondern bei Bedarf auch dazu bestimmt werden dürfen. Damit wird die gewünschte und benötigte einsatzmässige Präsenzstärke für Erfordernisse geringerer Intensität gesichert.

Der Hintergrund für diese Massnahme ist die Erkenntnis, für gewisse gesetzliche Aufgaben des Heeres zunehmend mehr ausgebildete präsenz-

ten zu benötigen. Dazu zählen Aufträge wie die Kontrolle von massenhaft illegalen Grenzgängern oder die Hilfe bei Naturkatastrophen und dergleichen. Präsenzkräfte deswegen, weil in Österreich jede Form der Aufbietung von Milizsoldaten nicht nur sehr teuer ist, sondern auch von der politischen Führung so weit wie möglich gemieden wird. Vor allem eine «Mobilmachung», also die Einberufung des Milizheeres, erscheint nur als ultima ratio durchsetzbar. Nach der Wehrgesetznovelle sollen deshalb in einem «Bedrohungsfall niedriger Intensität» nicht nur die präsenten Kräfte zur Verfügung stehen, sondern zusätzlich 5000 Milizsoldaten, die knapp vor einer Truppenübung stehen, sofort einberufen werden können, ohne dass eine Mobilmachung erforderlich wird. Zu den jederzeit einsatzfähigen 10 000 Mann präsenten Kräfte können also bei Bedarf 5000 weitere Soldaten rasch verfügbar gemacht werden.

Der Mobilmachungsrahmen von nun mehr als 120 000 Mann (plus Reservisten) wird mit jenen Truppenübenden gebildet, die sieben Monate Grundwehrdienst plus 30 Tage Truppenübungen abzuleisten haben.

- Rene -



Aushöhlung der Wehrpflicht – Zivildienierzahl explodiert!

Mit der 1991 beschlossenen Abschaffung der Zivildienst-Kommission steigt die Zahl der Zivildienner explosionsartig an. Wurden im letzten Jahr noch rund 4000 Zivildienner in ganz Österreich registriert, so stieg die Zahl mit Ende September 1992 auf 9500. Für Ende des Jahres rechnet man überhaupt mit zirka 12 000 jungen Männern, die keinen Wehrdienst ableisten. Somit hat sich die Zahl des Vorjahres verdreifacht! Die vermeintliche «Hürde» für Antragsteller, mit einem um zwei Monate verlängerten Zivildienst (im Gegensatz zum Wehrdienst) rechnen zu müssen, war offensichtlich ein Trugschluss. Die vor der Beschlussfassung des Gesetzes vorgebrachte Kritik und Befürchtung erweist sich als richtig. Ein Aushöhlen der allgemeinen Wehrpflicht und des Milizheeres erscheint in der Praxis als gegeben. General Karl Majcen, der Generaltruppeninspektor des Bundesheeres, warnte bereits unüberhörbar vor einer «Gefahr für die Umsetzung der Heeresreform». Die Politiker sind zum Handeln aufgefordert, meint man die Heeresreform ernst.

- Rene -



TSCHECHOSLOWAKISCHE REPUBLIK

Das neue Gesicht der tschechoslowakischen Armee

Nach der «sanften Revolution» in Prag im Jahre 1989 gingen die neuen, demokratischen Behörden mit grossem Eifer daran, das sowjetische Erbe der untergegangenen kommunistischen Republik verschwinden zu lassen. Als erstes wurden die vielen roten Sterne aus dem Weichbild der Stadt getilgt – sie waren eigentlich Sinnbild der Moskowiter Fremdherrschaft. Dann kamen die Umbenennungen der Strassen und Plätze von Prag. Viele Namen der «kommunistischen Vorkämpfer» verschwanden, um Platz für den historischen Namen Prags zu machen. Am Wenzelplatz – in der Stadtmitte – haben Privatpersonen einen «Pantheon» errichtet: an diesem sind die Namen der wahren Helden der Republik verzeichnet. Ihr Andenken lebt noch heute in den Erin-



BLICK ÜBER DIE GRENZEN

DEUTSCHLAND

Veränderte Strukturen

Fast alle westlichen Bundesländer haben angekündigt, einen Antrag zur Luftsicherung auf Flughäfen und der Bahnsicherung durch Bundesgrenzschutz-Soldaten (BGS) zu stellen bzw. haben diesen Schritt bereits vollzogen. Im Beitrittsgebiet werden die Auf-



Streife des Bundesgrenzschutzes an der deutsch-polnischen Grenze am Oderufer in der Nähe von Frankfurt. Illegale Einwanderung und Schmuggel fordern an dieser Grenze höchste Aufmerksamkeit in einem nicht immer ungefährlichen Dienst.

gaben der Bahnpolizei und der Luftsicherheit ohnehin nach dem Einigungsvertrag vom BGS wahrgenommen. Am 1. April 1992 übernahm der BGS ferner vom Freistaat Bayern die grenzpolizeilichen Aufgaben an der etwa 350 km langen «grünen» Grenze zur CSFR. Ab dem 17. Mai 1992 übernahm die BGS auch die grenzpolizeilichen Aufgaben auf dem neuen Münchner Franz-Josef-Strauss-Flughafen.

Aus IFDT 9/92



KANADA

Ambitioses Helikopterprogramm

Das kanadische Verteidigungsministerium hat ange-